

Nahrungsmittelpreise – zwischen Hoffnung und Hunger

Nr.1/März 2008

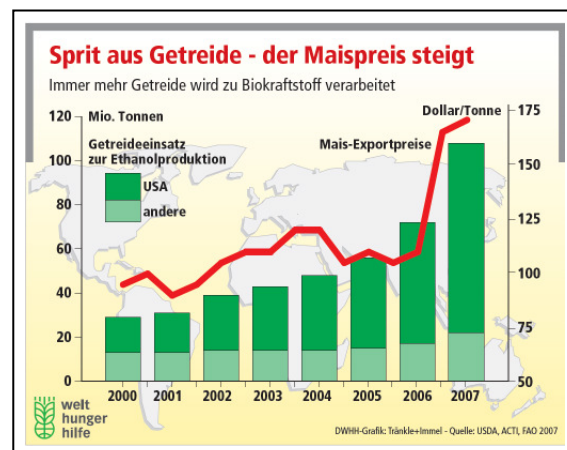
Nahrungsmittelpreise sind im Steilflug. Wir merken es beim Einkaufen an den Preisen für Milch, Brot oder Nudeln. Landwirte, aber auch Börsianer, verfolgen die explodierenden Preise für Agrargüter ebenfalls sehr genau: Wurde im Jahre 2000 ein Scheffel Weizen (etwa 27 kg) noch für unter drei Euro gehandelt, so stieg der Preis bis Februar 2007 auf moderate fünf Euro, sprang dann aber innerhalb eines Jahres kräftig hoch zum aktuellen Stand von knapp 12 Euro. Für Landwirte in Industrienationen sind diese Preissteigerungen ein Grund zur Hoffnung: Landwirtschaft wird wieder rentabel. Endlich könnte es möglich werden, aus der eigenen Ernte einen angemessenen Verdienst zu erwirtschaften. Auch Landwirte im Süden können von diesen Trends profitieren, vor allem wenn sie in ausreichender Menge produzieren und durch Straßen- oder Hafenanbindung einen guten Marktzugang haben. Auf der anderen Seite stehen verarmte Kleinbauern, Subsistenzbauern und Landlose in Entwicklungsländern: Wer mit weniger als einem Dollar am Tag seinen Lebensunterhalt bestreiten muss, kann sich kaum noch Grundnahrungsmittel leisten. Und das sind mit weltweit 980 Millionen (UNDP 2007) doppelt so viele Menschen, wie die EU an Einwohner zählt! Angesichts der Preissteigerungen sind diese Menschen die größten Verlierer, denn nur wer genug Geld hat, isst und lebt – wer zu arm ist, hungert, wird krank und stirbt. In zahlreichen Entwicklungsländern wie Haiti, Burkina Faso oder Indonesien protestieren die Menschen gegen unerschwingliche Preise für Grundnahrungsmittel weil sie wissen, dass es nicht zu dieser neuen Hungerkrise hätte kommen müssen.

Die Ursachen für die Geschwindigkeit, mit der die Preise für Nahrungsmittel ansteigen, sind vielfältig. Das Zusammentreffen verschiedener Faktoren, die sich gegenseitig verstärken, hat im letzten Jahr entscheidend zur Preisexplosion beigetragen.

Ein wichtiger Preistreiber für Nahrungsmittelpreise ist die zunehmende Nachfrage nach fossilem Öl: Ungebremster Konsum in Industrieländern, steigender Bedarf in Schwellenländern und gleichzeitig sinkende Vorkommen führen zu täglichen Meldungen über neue **Rekordpreise für Erdöl**. Diese wirken sich direkt auf die landwirtschaftliche Produktion aus, denn sie verteuern Düngemittel und den Betrieb von Maschinen. Hinzu kommen die gestiegenen Transportkosten, die im globalisierten Nahrungsmittelmarkt mit langen Transportwegen per Schiff oder LKW immer mehr zu Buche schlagen.

Als Ersatz für versiegende Erdölvorräte und um den steigenden Ölpreisen entgegenzuwirken haben viele Industrieländer beschlossen – allen voran USA und EU – große Anteile der fossilen Kraftstoffe durch **Agrotreibstoffe** wie Biodiesel und Bioethanol zu ersetzen. Diese politische Entscheidung, die trotz fragwürdiger Umweltbilanz auch dem Klimaschutz dienen soll, hat sich schlagartig auf die Preise für Getreide, insbesondere für Mais ausgewirkt: Er dient in den USA als wichtigster Rohstoff zu Produktion von Biosprit (Bioethanol) und erfuhr 2007 Preissteigerungen von gut 70%.

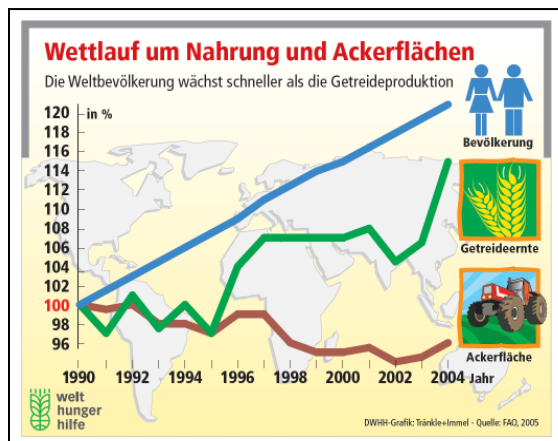
Bereits heute führt die **globale Erwärmung** zu Ernteeinbußen: Hitze, Dürre, Sturm und Hoch-



wasser vernichten zunehmend Ernten und tragen damit zu Preissteigerungen für Nahrungsmittel bei. Der durch die Industrienationen verursachte Klimawandel verstärkt ausgerechnet in Entwicklungsländern die Dürre- und Hochwassergefahr. Ohne Klimaschutz und Anpassung an sich verändernde Wetterbedingungen wird es vielerorts zu einem gravierenden Landschaftswandel kommen: Fruchtbare Lebensräume entwickeln sich zu landwirtschaftlichen Ungunsträumen wie Trockengebieten oder Überflutungsräumen. Kenia war beispielsweise in den letzten Jahren mehrfach im Wechsel von Dürren und Hochwasser betroffen und musste immer mehr teures Getreide importieren. Gleichzeitig hat

Australien, ein global gesehen wichtiger Getreide-Exporteur, aufgrund von mehrfachen Dürren enorme Ernteeinbußen verzeichnet. Das weltweite Angebot an Getreide sinkt bei steigender Nachfrage – die Preise steigen rasant.

Wir werden immer mehr Menschen auf dem Globus, und wir wollen uns immer besser ernähren. Dementsprechend steigt der **Fleischkonsum** – jedoch nicht nur in Industrieländern: Immer öfter kommt in Schwellenländern wie Indien und China Fleisch auf den Tisch. Fleisch kann einen wichtigen Beitrag zu einer ausgewogenen Ernährung leisten. Doch übermäßiger Fleischkonsum trägt zur Verknappung und Verteuerung von Getreide bei: Für ein Kilo Schweinefleisch werden drei Kilo Futter benötigt, für ein Kilo Rindfleisch sogar sieben Kilo Futter. Die landwirtschaftliche Produktion lässt sich jedoch nicht so schnell steigern, wie die Nahrungsmittelansprüche der **Weltbevölkerung** es notwendig machen, denn insgesamt wird die Fläche, die landwirtschaftlich nutzbar ist, nicht mehr. Das Ackerland, das in



Russland oder Lateinamerika hinzugewonnen wird, geht in Asien oder Europa durch zunehmende Flächenversiegelung für Straßen, Städte und Industrieanlagen verloren. Die Getreidevorräte erreichten 2007 einen Jahrhunderttiefstand von 403 Millionen Tonnen (2000 waren es laut FAO noch 698 Mio. Tonnen). Damit steht die Ernährungssicherheit vor einer neuen Herausforderung: Missernten und weitere Umwandlung von Getreide in Kraftstoffe könnten erstmals zur Folge haben, dass nicht mehr genug Nahrungsmittel für alle Menschen zur Verfügung stehen. Für Entwicklungsländer, die auf Getreideimporte angewiesen sind, eine fatale Entwicklung.

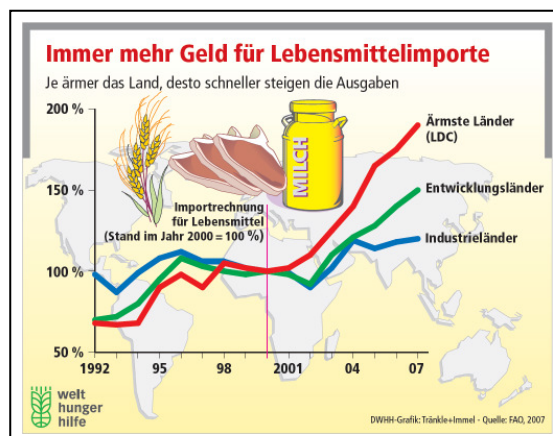
Als weiterer Preistreiber dürfen die **Spekulationen an der Börse** nicht unterschätzt werden. International agierende Anleger haben aufgrund der anhaltenden Kreditkrise und durch eine lockere Geldpolitik der Zentralbanken mehr Mittel, das sie diversifizierter anlegen als in der Vergangenheit. Seit einigen Jahren werden immer mehr Mittel in nachwachsende Rohstoffe, zu denen auch Getreide gehört, investiert, wodurch der Preisauftrieb weiter angeheizt wird.

Hoffnung für Landwirte

Gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte werden seit langem gefordert – von den Bauern im Süden wie im Norden. Während Landwirte in den meisten Industrieländern durch Subventionen unterstützt werden, müssen ihre Kollegen in den Entwicklungsländern ihren Verdienst aus den Marktpreisen erzielen. Für Bauern in Entwicklungsländern bedeutete dies bislang, dass sie nur durch billige Arbeitskraft oder Standortvorteile (z.B. Klimagunst für Kaffee, Kakao, Tee) auf dem Weltmarkt konkurrieren konnten. Nun geben die Preissteigerungen Grund zur Hoffnung, dass die Landwirtschaft im Süden wieder rentabler wird und zu angemessenen Einkommen beitragen. Dies gilt insbesondere für Bauern, die über genügend Fläche und eine gute Verkehrsanbindung verfügen und in der Lage sind, hohen Qualitätsstandards zu entsprechen. Profitieren könnten durch die neuen Trends auch die zumeist verarmten Baumwollbauern in den Entwicklungsländern: Die USA werden ihren hochsubventionierten Baumwollanbau zugunsten des Maisanbaus für Agrotreibstoffe reduzieren. Damit könnten die Marktchancen und Gewinne für Baumwolle aus Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, wieder steigen.

Von der Armut in den Hunger

Trotz aller Hoffnungen für die Landwirtschaft im Süden zeigt sich: Am meisten leiden unter den aktuellen Preisentwicklungen Kleinbauern, Subsistenzbauern und Landlose in den ländlichen Räumen der Entwicklungsländer. Ihre Anbauflächen sind zu klein, um ausreichend Nahrung zu produzieren und Gewinne zu erwirtschaften. Notwendige Landreformen oder Genossenschaftsbildungen sind bislang nur selten erfolgt, so dass die Erträge weder für die Selbstversorgung noch für die Existenzsicherung der Arbeiter reichen. Sobald die eigenen Ernteerträge aufgebraucht sind, müssen Kleinbauern wie auch Landlose Nahrungsmittel zu Marktpreisen zukaufen – immer öfter zu unerschwinglichen Preisen. Aber auch in den



Städten sind zunehmend Geringverdiener von den Preissteigerungen betroffen: Das Geld reicht für den Einkauf von Lebensmitteln nicht mehr. Der Teufelskreis aus Preissteigerungen, Armut und Hunger führt zu handfesten Konflikten: Bereits 2007 haben die Mexikaner massiv gegen unzumutbare Tortillapreise protestiert, im Februar 2008 erlebte Burkina Faso 2008 mehrere Aufstände, weil Nahrung und Kleidung unerschwinglich geworden sind und seit März hat sich die Krise von Bolivien, Haiti über Ägypten, Niger und Äthiopien bis hin zu den Philippinen zu einem globalen Hungerkonflikt ausgeweitet.

Zunehmend schwieriger wird es auch, von Hungersnot betroffene Menschen ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Etats für Nahrungsmittelhilfe sind bislang nicht den steigenden Preisen für Lebensmittel und Transportkosten angepasst worden. Folge ist, dass den Bedürfnissen akut hungernder Menschen nicht mehr entsprochen werden kann: Im Krisenfall stehen zu wenig Nahrung und Finanzmittel zur Verfügung. Die internationale Nahrungsmittelhilfekonvention (FAC) muss diesbezüglich dringend überarbeitet werden.

Fehlende Politikkohärenz

854 Millionen Menschen hungern weltweit, und es werden immer mehr: Die FAO rechnet mit einem Anstieg auf über 861 Millionen Hungernder (FAOSTAT). Die globale Hungerkrise wird sich weiter verschärfen, weil Energiesicherheit vor Ernährungssicherheit geht: Die politische Entscheidung, Agrotreibstoffe wie Biodiesel und Biosprit massiv einzusetzen, erfolgte ohne Berücksichtigung von entwicklungspolitischen Interessen. Voreilig wurde in Industrieländern mit Hinweis auf den Klimaschutz über Beimischquoten für Agrotreibstoffe entschieden, die nur durch Importe von Kraftstoffpflanzen aus Entwicklungsländern zu erzielen sind. Zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört es jedoch, Auswirkungen richtig einzuschätzen und gegebenenfalls Entscheidungen zu revidieren: Die beschlossenen Biokraftstoffquoten mehren den Hunger und verletzen das Menschenrecht auf Nahrung.

Verantwortungsvoller Klimaschutz muss nicht zu Lasten der Ernährungssicherheit erfolgen. Ambitionierte politische Vorgaben zum Einsparen von Energie und zur Effizienzsteigerung wären wirkungsvoller als Biokraftstoffquoten, sie würden die Innovationsfreudigkeit der Industrienationen stärken und die globale Erwärmung tatsächlich bremsen – und nicht zuletzt die Landwirtschaft vor langfristigen Einbußen durch den Klimawandel schützen. Hierzu bräuchte es eine verbesserte Kohärenz zwischen Entwicklungs-, Agrar-, Energie- und Umweltpolitik.

Vorrang für die Ernährungslandwirtschaft

Die aktuelle Hungerkrise, die in Lateinamerika, Afrika und Asien nahezu zeitgleich zu gewalttätigen Konflikten führt, kommt nicht überraschend: Seit Jahren weisen Nichtregierungsorganisationen wie die Welthungerhilfe auf fehlende Investitionen in die Ernährungslandwirtschaft hin. Trotzdem wurden 2007 nur noch 4% der internationalen Entwicklungshilfe für die Förderung der Landwirtschaft eingesetzt – so wenig wie nie zuvor. Hinzu kommt, dass es in den letzten beiden Jahrzehnten für Entwicklungsländer kaum Anreize gegeben hat, die eigene Landwirtschaft auf- und auszubauen. Der Weltmarkt war bis vor wenigen Monaten mit subventioniertem und dadurch billigem Getreide übersättigt. Importe waren daher wesentlich günstiger als die Eigenproduktion in Entwicklungsländern. Die Folgen sind fatal: Die Landwirtschaft liegt in vielen fruchtbaren Regionen der Tropen und Subtropen brach, die Transportwege in ländliche Räume wurden nicht ausgebaut – statt Entwicklung herrschte jahrelang Stillstand – vor allem in Afrika. In der Entwicklungspolitik muss nun endlich der Schwerpunkt auf die ländliche Entwicklung und vor allem auf die Ernährungslandwirtschaft gelegt werden. Zu einer verbesserten Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln führen Maßnahmen wie der Bau von Bewässerungssystemen und Straßen, die Fortbildung von Kleinbauern in nachhaltiger Landwirtschaft oder die effizientere Nutzung von Wasser durch Brunnen, Wasserleitungen und Sammelbecken für Regenwasser. Diese Maßnahmen haben zum Ziel, die Ernährungslage der Menschen nach dem Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" langfristig zu verbessern. Sie sind fester Bestandteil der Projekte der Welthungerhilfe zur Förderung der ländlichen Entwicklung.

Nun gilt es, die lokalen Potenziale zur Selbstversorgung einzelner Staaten und Regionen besser zu nutzen und dadurch nicht nur mehr Nahrungsmittel für eine steigende Weltbevölkerung zu produzieren, sondern auch die Abhängigkeit von den volatilen Getreidepreisen auf den Weltmärkten zu reduzieren. Dieser Herausforderung müssen sich zwar in erster Linie die betroffenen Länder selbst stellen, aber den Industrieländern kommt als Verursacher der Klimaerwärmung und der Preisexplosion für Nahrungsmittel die Aufgabe zu, Maßnahmen zur Ernährungssicherheit deutlich stärker als bisher zu unterstützen, die bisherigen Erfahrungen auszubauen und sich bei der Unterstützung mit anderen Partnern besser zu koordinieren.

Rafaël Schneider

(rafael.schneider@welthungerhilfe.de)